

Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 27. November 2000 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Hansjörg Trachsel		
Protokollführer:	Peter Gadiant		
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder		
Stellvertretungen:	Pedrini Cristiano, Roveredo	für	Peretti Emanuele, Cama
	Cattaneo Roberta, Santa Maria	für	Keller Fabrizio, Calanca
	Perl Annemarie, Pontresina	für	Hartmann Christian, Champfèr
	Bisculm Albert Domat/Ems	für	Cavigelli Mario, Domat/Ems
	Caviezel Gitta, Chur	für	Brunold Andreas Chur
	Jenny Christian Arosa	für	Beck Lorenz, Langwies
	Carisch Jürg, Domat/Ems	für	Locher Vitus, Domat/Ems
	entschuldigt: Patt		
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr		

1. Jahresprogramm 2001

Kommissionspräsident: Zegg
Regierungsvertreter: Regierungspräsident Aliesch, Regierungsrätin Widmer-Schlumpf, Regierungsräte Engler, Huber, Lardi

I. Eintreten Namens von *Kommission und der Regierung* beantragt Zegg, auf das Jahresprogramm 2001 einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

Jahresprogramm 2001

Kommission und Regierung beantragen, im Sinne von Art. 50d Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Rates zum Jahresprogramm 2001 folgende Erklärung zu verabschieden:

"Der Grosse Rat unterstützt grundsätzlich die von der Regierung in ihrem Programm formulierten Zielsetzungen."

Abstimmung

Der Antrag wird genehmigt

Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

Gewinnen vertiefter Erkenntnisse zu NPM und Intensivierung der Verwaltungsreform (Massnahme 3)

Antrag Kommission und Regierung

Kontroll- und Steuerungsinstrumente für das Parlament sollen vor der Ausweitung des Projektes auf zusätzliche Bereiche geschaffen werden.

Abstimmung:

Der Antrag wird 91 zu 1 Stimme genehmigt.

Sicherstellung einer dynamischen und kompetenten Führung der Dienststellen (Massnahme 7)

Antrag Trepp

Aufnahme der folgenden Zusatzklärung:

Flexible Rücktrittsmodelle ab dem 60. Altersjahr sollen für alle Personen, die aus physischen oder psychischen Gründen nicht mehr zu 100 Prozent arbeiten können oder möchten, ermöglicht und attraktiv gestaltet werden.

Abstimmung

Die Aufnahme der Zusatzklärung wird mit 68 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit*Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus (Ziff. 40)**Antrag Kommission und Regierung*

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus ist, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, prioritär zu behandeln. Projekte sind bereits im Planjahr in Angriff zu nehmen.

Abstimmung:

Die Erklärung von Präsidentenkonferenz und GPK zum Abschnitt „Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit“ (Ziff. 40) wird mit 89 zu 0 Stimmen genehmigt.

*Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erhöhung der Standortattraktivität (Massnahme 42)**Antrag Kommission und Regierung*

Die Kommission geht davon aus, dass die in Aussicht genommene Gesamtstrategie im Planjahr vorgelegt wird und die Umsetzung prioritär erfolgt. In der Gesamtstrategie ist die rechtliche Abstützung geplanter Massnahmen auszuweisen.

Abstimmung:

Die Erklärung von Präsidentenkonferenz und GPK zum Abschnitt „Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit“ (Massnahme 42) wird 82:0 Stimmen genehmigt.

Kenntnisnahme:

Der Grosse Rat nimmt vom Jahresprogramm 2001 der Regierung Kenntnis.

Voranschlag 2001

Sprecher der GPK
– zum Eintreten:
– zur Detailberatung:
Regierungsvertreter:

Möhr
Geisseler
Regierungspräsident Aliesch, Regierungsrätin Widmer-Schlumpf, Regierungsräte Engler, Huber, Lardi

I. Eintreten

Namens der *Präsidentenkonferenz und Geschäftsprüfungskommission* beantragt Möhr, auf den Voranschlag 2001 einzutreten und in der Detailberatung den Anträgen von Regierung und GPK zuzustimmen. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

*II. Detailberatung***Departement des Innern und der Volkswirtschaft**

2106 Handelsregisteramt (Griforma Pilotdienststelle)

Antrag der GPK

Aufstockung des Ertragsüberschusses von Fr. 144'000.– auf Fr. 200'000.– mit entsprechender Anpassung der Produktgruppen-Rechnung

Abstimmung

Der Antrag wird mit 89 zu 0 Stimmen genehmigt.

2200 Landwirtschaft

Antrag Thöny

Kürzung der Voranschlagsposition 365045 um Fr. 132'000.– und
Aufstockung der Voranschlagsposition 3992 um Fr. 132'000.–

Abstimmung

Der Antrag wird mit 25 zu 20 Stimmen abgelehnt.

Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement

3125 Amt für Polizeiwesen

Antrag der GPK

Erhöhung des kantonalen Anteils aus der Spielbankenabgabe des Bundes – Voranschlagsposition 4401 – von Fr. 630'000.– auf Fr. 1'000'000.–.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 68 zu 0 Stimmen genehmigt

3200 Departements-Sekretariat Sanität

Antrag Bucher

Aufstockung der Voranschlagsposition 365004 – Beitrag an AIDS-Hilfe Graubünden – um Fr. 20'000.–.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 39 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 18:45 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

P O S T U L A T

betreffend Stellenaufstockung beim Kantonalen Veterinäramt

Die Tierschutz–Aufgaben seitens Bund und Kanton haben seit 1994 stark zugenommen und belasten den Arbeitsaufwand beim kantonalen Veterinäramt zusehends. So müssen die landwirtschaftlichen Nutztierhaltungen (Bio-, ÖLN- und konventionelle Betriebe) im Bereiche des Tierschutzes durch das Veterinäramt kontrolliert werden, oder diese Kontrolle wird in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt (ÖLN-Kontrolleure) und dem landwirtschaftlichen Beratungsdienst (Betriebsberater) organisiert. Ebenfalls muss eine kontinuierliche Schulung und Weiterbildung der Kontrolleure im Bereich Tierschutz gewährleistet werden. Die Auswertung sämtlicher Kontrollberichte aus den Tierschutzkontrollen, allfällige Nachkontrollen und Massnahmen, sind weitere wichtige Aufgaben innerhalb des Veterinäramtes. Auch im Bereich der bewilligungspflichtigen Wildtierhaltungen ist das Veterinäramt je länger je mehr gefordert. Hier geht es um die Kontrolle der Planungen und um die regelmässige Kontrolle der bewilligten Wildtierhaltungen.

Vermehrt finden auch Abklärungen von Tierschutzfällen statt, welche auf Grund eingegangener Meldungen durch den Tierschutzverein oder durch Privatpersonen durchgeführt werden müssen. Daneben finden auch bei Verkehrskontrollen und bei Marktauffuhren Tierschutzkontrollen statt. Auch Stallbaupläne müssen hinsichtlich der Tierschutzgesetzgebung auf deren Erfüllung und der gegebenen Vorgaben hin überprüft und beurteilt werden.

Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit in Angelegenheit des Tierschutzes (Mutter- und Heimtierhaltung) gewinnt zunehmend an Bedeutung und fordert vermehrten Arbeitsaufwand. Das Veterinäramt ist diesbezüglich Anlaufstelle für Auskünfte.

Dieser ganze Aufgabenbereich (Tierschutz) muss bis heute mit 120% Stellen bewältigt werden. Der Vollzug des ganzen Aufgabenbereichs in diesem Umfang kann jedoch zukünftig kaum noch befriedigen oder gar gewährleistet bleiben. Auch bei effizientem Arbeiten und Auslagerung von Tätigkeiten an Dritte, wie das heute zum Teil bereits geschieht, reichen die bis heute bewilligten Stellenprozente kaum mehr aus.

Auf Grund der zunehmenden Kontrolltätigkeiten im Bereiche des Tierschutzes und des zwangsläufig vermehrten administrativen Aufwandes (Korrespondenz mit Tierhaltern, Tierärzten, weiteren Amtsstellen, elektronische Datenerfassung mit steter Aktualisierung), laden wir die Regierung ein, eine Stellenaufstockung beim kantonalen Veterinäramt zu prüfen.

Bucher, Pfiffner, Trepp, Arquint, Caviezel (Chur), Frigg, Jäger, Looser, Meyer, Noi, Pfenninger, Schmutz, Schütz, Zindel

P O S T U L A T

betreffend Musikunterricht in der Pädagogischen Fachhochschule

Das kulturelle Leben im Kanton Graubünden stellt schweizerisch in seiner Vielfalt und Lebendigkeit eine Besonderheit dar. Zweifelsohne beruht dies zu grossen Teilen auf der Dreisprachigkeit. Die Wertschätzung für die Dreisprachigkeit nahm in den letzten Jahrzehnten zu und wird von Allgemeinheit und Politik unterstützt. Ein nicht unwesentlicher Anteil an dieser erfreulichen Situation haben unsere gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer.

Damit diesbezüglich kein Verlust entsteht, sollen die Lehrerinnen und Lehrer auch zukünftig befähigt werden, die dazugehörenden schulmusikalischen Belange zum Wohle der Kinder umsetzen zu können. Das heisst, an Stimme und Sprache zu arbeiten, Rhythmus, Melodie, Bewegung, Begleitung und Hören zu schulen.

Zudem sind in vielen kleinen Gemeinden unseres Kantons Mehrklassenschulen die Regel. Deshalb sind breit ausgebildete und befähigte Lehrerinnen und Lehrer unabdingbar.

In diesem Sinn regen wir an, dass die Regierung dem Grossen Rat geeignete Massnahmen auf Gesetzes-, Verordnungs-, oder Regierungsstufe unterbreitet, um sicherzustellen, dass das Fach Musik in der Pädagogischen Fachhochschule gleichberechtigt mit den obligatorischen Studienbereichen (Erstsprache, Mathematik und Realien) ausgebildet und abgeschlossen wird. Konkret darf das Fach Musik nicht in die Kategorie der so genannten „Abwahlfächer“ hineingenommen werden.

Casanova (Vignogn), Demarmels, Butzerin, Bär, Battaglia, Berther (Disentis/Mustér), Bisculm, Brüesch, Bühler, Büsser, Cahannes, Capaul, Carisch, Cathomas, Cavegn, Caviezel (Chur), Caviezel (Pitasch), Christoffel, Conrad, Crapp, Dalbert, Dermont, Farrér, Federspiel, Frigg, Geisseler, Giuliani, Hess, Koch, Lardi, Loepfe, Looser, Luzi, Luzio, Maissen, Noi, Parpan, Perl, Portner, Quinter, Sax, Schmid (Sedrun), Thomann, Tremp, Trepp, Tuor (Disentis/Mustér), Tuor (Trun), Valsecchi

S C H R I F T L I C H E A N F R A G E

betreffend „Engadin-Strasse“

Seit Eröffnung der Umfahrungsstrasse La Punt Chamuesch / S-chanf im Jahre 1984 haben sich insbesondere bei der Ein- bzw. Ausfahrt Zuoz verschiedene zum Teil schwere Verkehrsunfälle ereignet und nachdem im Gebiet Sur En eine Industriezone entstanden ist, kommt es auf der zum Teil unübersichtlichen Kreuzung und beim Dorfanschluss Zuoz immer wieder zu Kollisionen.

Nebst einigen Gewerbebetrieben befinden sich in diesem Gebiet ein Restaurant, das Langlauf- und Inlinezentrum, ein Sportplatz und zurzeit ist ein Golfplatz im Bau. Unmittelbar neben der Kantonsstrasse sind vier grössere Parkplätze entstanden.

Aus Sicherheitsgründen ist es angebracht und an der Zeit, nach geeigneten Lösungen für eine Verbesserung der Verkehrsabwicklung zu suchen, denn es muss davon ausgegangen werden, dass der Verkehr auf dieser Strasse noch zunehmen wird.

Ein Kreisell, wie z.B. beim Dorfanschluss in Silvaplana bzw. Zufahrt nach Surlej würde die Situation deutlich verbessern.

Der Unterzeichner fragt deshalb die Verantwortlichen beim Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement an, ob sie bereit sind, sich dieser Problematik anzunehmen und nach geeigneten Lösungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu suchen.

Lemm

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hansjörg Trachsel

Der Protokollführer: Peter Gadiet